

88

Schwerin, den 11. Nov. 91

Bürgerinitiative
Altstadtentwicklung
Erfurt e.V.
Michaelisstr. 19
0-5020 Erfurt

Dankrede anlässlich der Verleihung des
Deutschen Preises für Denkmalschutz 1991
an die Bürgerinitiative Altstadtentwicklung Erfurt

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wer von uns hätte das gedacht - als wir uns im Dezember '86 zur "Arbeitsgruppe Stadt- und Wohnumwelt bei der evangelischen Kirche" zusammenfanden. Und jetzt sind wir eingeladen, um den Deutschen Preis für Denkmalschutz in Empfang zu nehmen!

In Ihrer Begründung zur Preisverleihung schreiben Sie:

"Das Auswahlgremium für den deutschen Preis für Denkmalschutz hat sich von der beispielhaften Arbeit und dem konsequenten Einsatz für das bauliche Erbe der Stadt, der zu allgemeinem Umdenken geführt hat, überzeugt und dem Präsidium des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz empfohlen, diesem Vorschlag zu folgen".

Natürlich freuen wir uns darüber. Das Thüringische Landesamt für Denkmalpflege, daß ja unsere Arbeit aus der Nähe kennt, hat die Bürgerinitiative vorgeschlagen. Wir empfinden das als Anerkennung unserer geleisteten fachlichen und politischen Arbeit. Das ist gleichzeitig eine Anerkennung der Arbeit vergleichbarer Bürgerinitiativen in der ehemaligen DDR - die es gab und gibt. Deshalb möchten wir diesen Preis stellvertretend für alle diese Initiativen in Empfang nehmen, auch wenn hier eine ganz konkrete Arbeit gewürdigt wird.

Nicht alle dieser Initiativen arbeiten heute noch. Das liegt zum einen daran, daß unmittelbare Ziele wie beispielsweise Arbrisstopps und neue Planungsansätze mit den politischen Veränderungen durchgesetzt wurden. Andererseits sind eine Menge neuer Probleme aufgetreten: ungeklärte Eigentumsfragen; wirtschaftlicher Erfolgsdruck, die unselige politische Denkweise, in nur einer Legislaturperiode Ergebnisse vorweisen zu können, koste es, was es wolle. Aber auch innere Probleme der Initiativen haben ihren Anteil: die meisten Mitglieder sind bereits mit ihrer beruflichen Arbeit ausgefüllt; nicht alle Initiativen haben zu arbeitsfähigen Strukturen gefunden. Und manche resignieren: weil ihre Ziele schon wieder nicht mehr durchsetzbar sind; weil die neugebildeten Verwaltungen so mancherorts zu konstruktiver Zusammenarbeit nicht willens oder fähig sind, da diese wie auch wir Überfordert sind.

Auch unsere Bürgerinitiative hat teilweise diese Probleme. Doch bis jetzt haben wir durchgehalten, und der Preis ist uns Ansporn, trotz allem weiterzumachen...

Wie sah nun unser "konsequenter Einsatz für das bauliche Erbe der Stadt" aus?

Angefangen hat alles 1986, als Abrißplanungen für das Andreasviertel und damit verbunden der Bau einer vierspurigen Straße quer durch die nördliche Altstadt an die Öffentlichkeit "sickerten". "Sickerten" im wahren Wortsinn, da Informationen dazu größtenteils auf fast schon konspirative Weise besorgt werden mußten. Direkt und indirekt Betroffene fanden sich in der AG "Stadt und Wohnumwelt bei der evangelischen Kirche" zusammen. Sie überlegten, wie sie dagegen vorgehen könnten. Denn das Ergebnis der geplanten Maßnahmen war vorhersehbar - gerade war in ähnlicher Weise schon das nordöstliche Altstadtgebiet um den Huttenplatz kahl saniert worden. So kam es zur Idee, die Öffentlichkeit mit einer Ausstellung zu informieren. Dazu besogten wir uns auf teilweise recht abenteuerliche Weise Informationen aus dem Rathaus. Hier ist Gelegenheit all denen zu danken, die entgegen ihren Verpflichtungen uns dabei behilflich waren. In der Auseinandersetzung mit diesen Planungen erkannten wir die Schwachstellen und stellten sie dar. Die Ausstellung "Stadtgerechter Verkehr - verkehrsgerechte Stadt" im Mai/ Juni 1987 in der Michaeliskirche war ein voller Erfolg. Trotz der Versuche des Rates der Stadt die Ausstellung zu verbieten, trotz massiver Eingriffe der Staatssicherheit, trotz verordneter Ignoranz durch die Medien - mehr als 12000 Besucher und tiefe Betroffenheit bei der Bevölkerung gaben uns Mut. In der Folge sah sich der Rat der Stadt veranlaßt, mehr Offenheit zu praktizieren. Die damals eingeführten "Sonntagsgespräche im Rathaus" und ein Jahr später die Einrichtung eines Informationszentrums waren sichtbare Ergebnisse. Doch die Planungen waren noch immer nicht vom Tisch. Es setzte teilweise ein zäher Kleinkrieg um einzelne Gebäude ein, die z.B. im Fall der Kürschnergasse 7 - einem mittelalterlichen Ständerbau - Erfolg hatten, im Fall von Fischersand 44/45 - einer städtebaulich wichtigen Häusergruppe des 17/18. Jahrhunderts - aber nicht. Wir beschäftigten uns zunehmend intensiver mit fachlichen Grundlagen. Neben der ohnehin vorhandenen Fachkompetenz einzelner Mitglieder lernten alle dazu. Wir forderten in einer umfangreichen Eingabe die Einhaltung des geltenden Denkmalsgesetzes für Erfurt. Parallel erfolgte die Beschäftigung mit einem veränderten Verkehrskonzept für die Altstadt.

Diese Arbeit kam uns zugute während der revolutionären Veränderungen im Herbst 1989. Denn diese Revolution zeigte sich nicht nur im Fall der Mauer, wie jetzt von vielen Politikern allzugern dargestellt, sondern besonders im Mut und der Fähigkeit eines Teiles der Bevölkerung, besonders der Basisgruppen, die Fesseln der staatlichen Bevormundung abzuwerfen. Beim Sonntagsgespräch am 15. Oktober 1989 - eine Woche nach den Ereignissen um den 40. Jahrestag der DDR in

41 2. ...
da ...
89

Berlin - forderten wir den Rat der Stadt auf, endlich mit uns ins Gespräch zu kommen. Und nun überstürzten sich die Ereignisse. Es gelang auf der Grundlage einer von uns mit Hilfe von Architekturstudenten aus Weimar erstellten Bauzustandsanalyse der Häuser im Andreasviertel den Flächrenabriß zu verhindern. Mit einem Rahmenplan für das Viertel unter Berücksichtigung historisch vorgegebener Strukturen erbrachten wir den Beweis, daß eine Revitalisierung ohne Großplatte unter Beteiligung von Eigeninitiative möglich ist. In der Folge wurden die alten Planungen dort endgültig gekippt. Schon damals haben wir die Position vertreten, die - nach damaligem Verständnis volkseigenen - kleinen Ein- und Zweifamilienhäuser der Altstadt zu privatisieren. Wir erhofften uns davon, daß die neuen Eigentümer mit viel Initiative den Erhalt der Häuser und damit der kleinteiligen Strukturen sichern würden. 40 der zu erhaltenden Häuser wurden öffentlich ausgeschrieben. Und tatsächlich, annähernd 200 Bewerber meldeten sich! Auf unseren Vorschlag wurde eine Vergabekommission gebildet, die vor allem die berücksichtigte, die diese Häuser schon jahrelang nutzten oder sich aktiv für deren Erhalt eingesetzt hatten. Und insbesondere Handwerker und künstlerisches Gewerbe sollten angesiedelt werden, um die noch bis vor wenigen Jahren vorhandene Einheit von Arbeiten, Wohnen und Erholen wiederherzustellen. Durch die Eigentumsregelung des Einigungsvertrages "Rückgabe vor Entschädigung" sind sehr viele dieser Verkäufe gescheitert oder auf unbestimmte Zeit nicht möglich. Und so verfällt manches Gebäude, darunter auch historisch wertvolle, weiter... Die unbürokratisch eingesetzte Hessen- und Rheinland-Pfalz-Hilfe und insbesondere das jetzt anlaufende Notsicherungsprogramm können das schlimmste verhindern. Aber diese Maßnahmen haben nur Sinn, wenn umgehend die leidige Eigentumsfrage geklärt wird. Die Kommunen müssen viel stärker die Möglichkeiten des Gesetzes zur Regelung offener Vermögensfragen im Interesse ihrer eigenen Bürger nutzen. Und das damit verbundene finanzielle Entschädigungsrisiko muß politisch abgesichert werden.

Doch zurück zu unseren Aktivitäten in der "Wende". Wir waren beteiligt am Runden Tisch Bauwesen im Bezirk Erfurt, am Runden Tisch der Bürgerinitiativen beim Ministerium für Bauwesen der DDR. Andere haben die nötigsten Sicherungsarbeiten an gefährdeten Häusern initiiert und waren selbst auf den Dächern.

Wichtigstes Ergebnis war jedoch die Einberufung eines Runden Tisches, des "Arbeitskreises Innenstadt". Hier kamen erstmalig die politisch Verantwortlichen, kompetente Vertreter der Fachbehörden und die Kompetenz der Betroffenen zusammen, um gemeinsam Lösungen zu finden. Die Ergebnisse dieses Gremiums gingen als Empfehlung an das Interimparlament. Auch dort hatten wir einen Vertreter sitzen. Damit wurde immer deutlicher, daß unsere Arbeit letztendlich eine politische Arbeit war. Folgerichtig beteiligten wir uns an den Kommunalwahlen im Mai 1990. Einer unserer fünf Kandidaten wurde gewählt und ist nun als Rats Herr der

Fraktion Neues Forum/ Grüne im Bauauschuß tätig. Diese Tatsache erwies sich als außerordentlich wichtig für unsere Aktivitäten. Zwar beschloß der Arbeitskreis Innenstadt in seiner letzten Sitzung einstimmig eine Empfehlung an das neue Stadtparlament zur weiteren Existenz dieses Kreises. Diese Empfehlung wurde jedoch vom neuen Magistrat bisher nicht aufgegriffen. Leider hat auch jetzt die Informationspolitik des Magistrates nicht immer die von uns gewünschte und in der Zeit der Wende erreichte Offenheit. Zur Zeit sind wir mit der Bauverwaltung im Gespräch, um das zu verbessern. Denn gerade jetzt ist eine von Parteipolitik freie und vertrauensvolle Zusammenarbeit der Verwaltung, der Kommunalpolitiker und der Bürger notwendig. Genau dazu brauchen wir Offenheit! Gibt es doch einen enormen Investitionsdruck von Seiten der Banken, Kaufhauskonzerne und Anderer auf das historische Stadtzentrum. Zwar ist es erklärte Politik des Magistrates, die Einmaligkeit dieses Gebietes vor weiteren Verlusten zu schützen. Dennoch gibt es beispielsweise unterschiedliche Positionen zu geplanten Kaufhausbauten im Denkmalschutzgebiet. Gerade diese Großstrukturen haben bekanntermaßen zu wesentlichen negativen Veränderungen im Bild und der Gewerbestruktur westdeutscher Städte geführt. Es ist bisher kaum Bemühen zu spüren, dieser Entwicklung entgegenzutreten. Das Argument der zu schaffenden Arbeitsplätze soll alles entschuldigen. Nun sind wir nicht prinzipiell gegen Kaufhäuser in der Innenstadt. Doch müßte wohl zunächst durch vorbereitende Untersuchungen geklärt werden, ob ein solches Projekt an einer städtebaulich und verkehrstechnisch so sensiblen Stelle überhaupt vertretbar ist. Und sollte das der Fall sein, so ist zumindest ein städtebaulicher und architektonischer Wettbewerb zu erwarten.

Angesichts der hohen wirtschaftlichen Erwartungen im Osten Deutschlands meinen manche Politiker, durch Verkürzung oder Wegfall der Bürgerbeteiligung schneller zu Erfolgen zu kommen. Doch diese Erfolge können sich ins Gegenteil verkehren, wenn sie von der Bevölkerung nicht mitgetragen werden. So ist es für uns völlig unverständlich, daß im letzten Entwurf des thüringer Denkmalsgesetzes die Mitarbeit von Bürgerinitiativen und das Verbandsklagerecht nicht verankert sind. Dies gilt ebenso für die Baugesetzgebung, und - am Rande bemerkt - sogar für die Umweltgesetze. Noch sind die Gesetze nicht verabschiedet, und es ist zu hoffen, daß entsprechende Passagen noch Berücksichtigung finden. Schließlich waren es die Bürgerinitiativen, die den entscheidenden Anstoß zur Neuorientierung in der Baupolitik gegeben haben.

Es gäbe sicherlich noch vieles zu erwähnen. Und eigentlich müßten jetzt alle hier stehen, die mitgearbeitet haben und die noch aktiv sind. Denn die Arbeit einer Bürgerinitiative wird getragen von dem freiwilligen Engagement vieler. Ihnen allen gilt der Preis.

Im Namen aller Beteiligten möchten wir uns beim Deutschen Nationalkomitee für Denkmalschutz für diese hohe, uns heute verliehene Auszeichnung bedanken.

1.10.1990